

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 134. Ratssitzung vom 10. März 2021

3672. 2021/76

Postulat von Maya Kägi Götz (SP) und Florian Utz (SP) vom 03.03.2021: Stiftung Greater Zurich Area (GZA), stärkere Verpflichtung zur Nachhaltigkeit, Berechnung der Beiträge aufgrund des Ansiedlungserfolgs und Verzicht auf ein paralleles Standortmarketing

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Maya Kägi Götz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3626/2021): Der Wirtschaftsraum Zürich verfügt über optimale Standortfaktoren. Wir sind uns einig, dass er sowohl für Unternehmen als auch für hochqualifizierte Arbeitende ein begehrter Arbeits- und Lebensraum ist. Der Wirtschaftsraum Zürich nimmt innerhalb des Metropolitanraums aufgrund seiner Stärke eine besondere Stellung ein. Aus dieser Rolle leiten sich für uns Anforderungen an die strategische Ausrichtung der GZA ab, nicht zuletzt, weil wir aufgrund unserer Gemeindeordnung der Nachhaltigkeit verpflichtet sind. Aus diesen Überlegungen halten wir es für angezeigt, dass die GZA im Standortmarketing noch dezidierter auf innovative und nachhaltige Technologien wie Cleantech und die Förderung von Kreislaufwirtschaft fokussiert. Bereits vor vier Jahren monierten wir in der Beratung der GZA-Weisung den Verteilschlüssel. Die Frage, wer bezahlt und wer profitiert, steht nicht unbeantwortet, aber immer noch ungelöst im Raum. Für den Wirtschaftsraum Zürich sind die Zahlen der neu angesiedelten Firmen prozentual rückläufig. Die Zahlen zeigen auch deutlich, dass der Kanton Zug überproportional und am meisten vom Ansiedlungserfolg profitiert. Dass sich mehr Firmen in anderen Kantonen ausserhalb von Zürich ansiedeln, kritisieren wir nicht, zumal wir den Wettbewerb zwischen den Kantonen nicht forcieren wollen. Genauso wenig sind wir jedoch nicht gewillt, dass öffentliche Beiträge die Standortförderung des Kantons Zug als Treiber eines ruinösen Steuerwettbewerbs quersubventionieren. Tatsächlich ist es immer noch unklar, in welchem Umfang und wie effektiv die Massnahmen der GZA sich konkret auf die Ansiedlung neuer Firmen und neuer Arbeitsplätze auswirken. Wir wünschen uns künftig mehr Transparenz. Das Ziel davon ist, dass der Finanzierungsschlüssel in der Public-Private-Partnership so umgestaltet werden kann, dass in Zukunft der Ansiedlungserfolg für die Festlegung der öffentlichen Beiträge massgebend ist. Wir sind der Auffassung, dass ein gerechter Verteilschlüssel am Ende allen Kantonen einen Mehrwert bringen wird.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Wenn im Jungen Literaturlabor (JULL) eine solche Weisung eingereicht wird, würde wohl einer der Schreibexperten die Rückmeldung «Achtung: Wortwiederholung» geben. Das Wort «nachhaltig» oder «Nachhaltigkeit» kommt insgesamt 18-mal in der Weisung vor. Es wird beteuert, dass die GZA nachhaltig vorgeht und dass Nachhaltigkeit sehr wichtig ist. Es kommt mir beinahe wie eine Verschwörungstheorie vor: Die

GZA schwört darauf, dass sie nachhaltig agiert – aber vielleicht lügt sie; EY wurde für die Evaluation beauftragt und bestätigt, dass sehr viel Gewicht auf die Nachhaltigkeit gesetzt wird – aber wer weiss; und schliesslich betont auch der rot-grüne Stadtrat, heute von der SP-Stadtpäsidentin vertreten, dass die Nachhaltigkeit ein grosses Gewicht in der GZA hat – aber Sie sind immer noch misstrauisch und glauben, dass zu wenig für die Nachhaltigkeit gemacht wird. Das sehen wir nicht so, wir vertrauen den drei sehr verschiedenen Institutionen.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer (EVP): *Die EVP unterstütze die vorhergehende Weisung und wir würden eigentlich auch gerne das folgende Postulat unterstützen. Zumindest zu zwei Drittel sind wir vom Postulat begeistert. Die Nachhaltigkeit ist tatsächlich wichtig und zukunftsweisend. Immer wieder unterstützten wir Postulate und Vorstösse zur Förderung von Cleantech-Firmen und halten es für eine gute Sache, dass angeregt wird, dass sich die GZA diesbezüglich entwickelt. Wir sind auch der Meinung, dass die, die mehr profitieren, auch mehr dafür bezahlen sollen – das ist gerecht. Wir stören uns jedoch am zweiten Teil des letzten Satzes. Wir halten das für einen Eingriff in die kantonale Hoheit. Wir sind der Meinung, dass ein gewisser gesunder Wettbewerb zwischen den Kantonen und Regionen durchaus nicht schlecht ist. Wir wollen das nicht vorschreiben oder andere zurückbinden. Darum machen wir beliebt, dass der letzte Satz nach «und» weggelassen wird. Dann können wir dem Postulat begeistert zustimmen, ansonsten lehnen wir es ab.*

Urs Riklin (Grüne): *Für uns Grüne ist es sehr wichtig, dass bei der Standortförderung sowohl auf die ökologische wie auch auf die soziale Nachhaltigkeit ein grösseres Gewicht gelegt wird. Wir müssen uns nicht Verschwörungstheorien hingeben. Wir vertrauen durchaus der Beratungsfirma EY. Im Bericht wird klar und deutlich festgehalten, dass lediglich vier Prozent der angesiedelten Firmen im Bereich Cleantech oder anderen Umweltbereichen tätig sind. Das ist viel zu wenig, es sollten mindestens 60 oder 80 Prozent sein, damit wir in der Schweiz für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerüstet sind. Insofern unterstützen wir das Postulat von Maya Kägi Götz (SP) und Florian Utz (SP). Das Begleitpostulat ist eine Art Sahnehäubchen: Es sieht nett aus, aber man muss sich bewusst sein, dass sich der Schlagrahm unten in der Schwarzwäldertorte befindet. Wir wünschen uns mehr Verbindlichkeit im Bereich Nachhaltigkeit, weshalb wir das Postulat in der Hoffnung unterstützen, dass wir bei der nächsten GZA-Weisung getrost und mit gutem Gewissen zustimmen können und dass die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden.*

Christian Huser (FDP): *Wir von der FDP lehnen das Postulat aus den folgenden Gründen ab. Erstens soll die Stiftung «noch stärker der Nachhaltigkeit verpflichtet» sein. Im letzten Jahr nahm die GZA an der jährlichen Klausur mit allen Kantonen, der Stadt Zürich und der Region Winterthur das Thema Nachhaltigkeit mit einer Expertin auf. Im Anschluss an das Thema wurde das in einer Arbeitsgruppe, an der auch die Stadt Zürich teilnahm, vertieft und ausformuliert. Die Ergänzungen werden in den nächsten Monaten*

abgeschlossen sein; das wurde uns mitgeteilt. Zweitens sollen «die Beiträge [...] inskünftig aufgrund des Ansiedlungserfolgs berechnet werden». Die Überprüfung der Beiträge kann als Anliegen im Stiftungsrat eingebracht werden. Sie werden von den Kantonen, respektive vom Stiftungsrat festgelegt. Die letzte Anpassung zugunsten einer Deckelung des Beitrags wurde im letzten Jahr für den Kanton Zürich vorgenommen und trat per 1. Januar 2021 in Kraft. Die Stadt Zürich ist zudem als Gemeinde nicht vom Finanzierungsschlüssel betroffen. Drittens soll «sich die GZA dafür [einsetzen], dass die beteiligten Gemeinden und Kantone auf ein paralleles Standortmarketing verzichten». Das gemeinsame Standortmarketing der Kantone, Städte, Regionen und der GZA im Ausland ist im Sinne des Ressourcenpoolings ein wichtiges Element der Strategie der GZA. Gemeinsam mit ihren Partnern erreicht die GZA mehr Wirkung im Ausland und bei den Auftritten kommt es zu einer gegenseitigen Ergänzung. Unter dem Dach der GZA wird mit einheitlichen Botschaften auf die Technologiekompetenz des Wirtschaftsraums aufmerksam gemacht, es werden Firmen angegangen und der Wirtschaftsraum wird so als optimaler Standort bei relevanten Unternehmen im Ausland bekannt gemacht. Auch politische Auslandsaufenthalte der Kantone und Gemeinde sind in diesem Zusammenhang eine grosse Unterstützung für die Aufgabe der GZA. Darum muss das eigene Standortmarketing der Kantone und der Gemeinden bestehen bleiben.

Maya Kägi Götz (SP): *Ich muss nochmals auf die Nachhaltigkeit eingehen, da es sich um verschiedene Dimensionen handelt. Wir müssen betonen, dass es soziale, ökologische und ökonomische Faktoren gibt. Darum bitte ich, dass das insgesamt achtsamer angeschaut wird. Die Textänderung der EVP können wir leider nicht annehmen, weil die gemeinsame Ausrichtung der Strategie für uns ein zentrales Element im Vorgehen einer solchen Standortförderung innerhalb einer Metropolitanregion ist.*

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP wird das Postulat unterstützen, weil es zwei wesentliche Punkte beinhaltet, die wir im Bereich der Standortförderung als zentral erachten. Der erste Punkt ist die Nachhaltigkeit. Der zweite ist die Idee der Straffung, Konsolidierung und Effizienzsteigerung in der Landschaft, in der sich sehr verschiedene und teilweise sich in den Weg kommende und konkurrierende Organisationen befinden.*

Das Postulat wird mit 70 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat